



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



# WALTER SCHEEL

Bundesminister des Auswärtigen Amtes

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 7. MAI 1971



Herr Präsident! Herr Bürgermeister! Herr Ministerpräsident!  
Meine Herren Präsidenten! Meine Herren Minister und Senatoren!  
Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Der Präsident macht es seinem Gastredner ja nicht immer leicht, und so gilt es auch für mich, einen Übergang zu finden von seinen kühnen und humorvollen und immer brillanten Improvisationen zu dem Thema des heutigen Abends. Dabei erinnere ich mich zunächst einmal sehr gerne an meinen letzten Besuch beim Übersee-Club als Redner – vor neun Jahren –, als ich hier in Hamburg als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit den Versuch machte, eine Konzeption der Entwicklungspolitik darzulegen. Sicherlich war es der Genius loci, der diese Entwicklungspolitik dann sehr lebensnah hat werden lassen. Ich will aber auch nicht verschweigen, daß außer dem Genius loci auch handfeste Hamburger an der Ausarbeitung einer solchen Konzeption mitgewirkt haben. Einige von ihnen sitzen hier im Saale. Diese lebensnahe Entwicklungspolitik, die politische Ambitionen mit kaufmännisch gesunden Prinzipien zu verbinden trachtete, hat sich über die Jahre bewährt bis in unsere Tage, in denen es hier und da Besorgnisse gibt, daß diese politische Konzeption vielleicht einen Wandel durchmachen könnte, einen Wandel zur Ideologisierung oder – noch anders – zur Politisierung.

Ich möchte Sie, meine verehrten Damen und Herren beruhigen. Das ist nicht der Fall. Gelegentlich wird zwar davon gesprochen, daß die gesellschaftlichen Strukturen verändert werden müßten. Das ist mißverständlich. Es geht uns nach wie vor darum, dem Partner bei der Verwirklichung seiner eigenen Ziele zu helfen, sofern diese Ziele lauten: Schnellerer wirtschaftlicher Fortschritt, das heißt mehr Leistungen für die Menschen. Veränderung der Gesellschaft in der Welt kann jedoch nicht bedeuten, daß ein Land in die innenpolitischen Entwicklungen eines anderen eingreift. Wir können nur unsere Erfahrungen und bestimmte Mittel zur Verfügung stellen und müssen es dann unseren Partnern überlassen, das Beste daraus zu machen unter Berücksichtigung ihrer eigenen historischen Entwicklung, ihres anderen Kulturreises, ihrer anderen Möglichkeiten.

Vielleicht darf ich das vorab, meine verehrten Damen und Herren, einmal zu einem Punkt sagen, in dem sich Politik und Wirtschaft sehr intensiv begegnen. Hanseatischer Tatsachensinn und weltoffener Realismus haben den Ruf dieser Stadt begründet. Solch nüchterne Eigenschaften tun nicht nur jedem Politiker gut – und deswegen, sagte ich eben, freue ich mich, jetzt hier zu sein –, sondern diese nüchternen Eigenschaften tun dem Bürger auch wohl. Augenmaß anstelle von Ideologie, Realismus anstelle von Doktrin und Wunschdenken, das ist eine Forderung, die gerade aus der Tradition Ihrer Stadt immer aufs neue an alle ergeht. Doch nicht nur als Pflegestätte gesunden Menschenverstandes und politischer Vernunft ist Hamburg hervorgetreten. Wie wenige andere deutsche Städte ist gerade Hamburg mit der Geschichte und mit der Zukunft unseres Landes eng verknüpft, und daher ist hier Entspannung ein moderner politischer Begriff, kein hohles Wort, sondern nüchterne Interessengrundlage.

Sie wissen, welche Bedeutung der Ausgestaltung unserer internationalen Beziehungen zu allen Staaten der Welt zukommt. Sie wissen, daß es gerade für Deutschland keine Alternative zur Verständigung und zur Entspannung geben kann. Ich kann mich daher kurz fassen, wenn ich eingangs Prioritäten und Ergebnisse der Außenpolitik dieser Regierung in den letzten Jahren zu skizzieren versuche. Die Prioritäten sind vor allem die politische Solidarität in der atlantischen Allianz und die Integration Westeuropas und im Zusammenhang damit der Versuch, die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern. Damit verbindet sich das langfristige Ziel, eine Überwindung der Spaltung Europas herbeizuführen und hierdurch auch zur Überwindung der Spaltung in Deutschland beizutragen. Das ist eine Aufgabe, die heute nicht mehr im nationalen Rahmen geleistet werden kann, sondern die nur auf dem Weg über Entspannung in Europa erfüllt werden kann.

Lassen Sie mich in wenigen Worten und sehr unvollkommen eine Bilanz zu dem gegenwärtigen Stand dieser Außenpolitik vorlegen. Ich weiß, daß Sie Bilanzen lesen können, und zwar gerade jene Bilanzen, die sich sehen lassen können, – trotz der vielen besorgten Stimmen, die man heute über Bilanzen hört. In unserem Bemühen um die politische Einigung Europas und die Erweiterung der europäischen Gemeinschaften sind wir ein kleines Stück vorangekommen, aber doch weiter, als Skeptiker vorausgesagt hatten. Sie selbst werden sich noch genau erinnern können an die Stagnation der politischen Einigungsbestrebungen vor 1969, an die Immobilität auch in der Frage der Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wir haben viel Energie, viel Kraft und viel Geduld investiert seit dieser Zeit. Wir haben dabei auf illusionäre Wunschmodelle, auch auf ideologische Diskussionen, die den Fortschritt eher hemmen als fördern, verzichtet. Selbst Kritiker müssen heute anerkennen, daß das Jahr 1970 und der Beginn des Jahres 1971 zu einem wichtigen Zeitabschnitt in der Geschichte der europäischen Einigung gehören. Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen stehen in ihrer entscheidenden Phase. Ihr Beitritt nützt allen und schadet keinem. Das Scheitern dieser Verhandlungen allerdings würde allen schaden und niemandem nützen.

Der Weg zu einer Wirtschafts- und Währungsunion ist vorgezeichnet. Durch die regelmäßigen außenpolitischen Konsultationen der Außenminister der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der beitrittswilligen Länder hat die gemeinschaftliche Politik einen quantitativen, aber auch einen qualitativen Sprung gemacht, wie er vor einigen Jahren noch nicht erreichbar schien. Sicherlich ist das nicht nur das Verdienst der Bundesregierung oder ihrer Außenpolitik; sicher haben die Umstände dazu beigetragen. Aber wir haben uns Mühe gegeben, und wir haben den Versuch gemacht, die Umstände zu nutzen. Das atlantische Bündnis, meine Damen und Herren, ist lebendig wie schon lange nicht mehr. In Kürze auch dazu ein paar Bilanzposten. Das europäische Verstärkungsprogramm im Rahmen der Europa-Gruppe der NATO ist Ausdruck europäischer Solidarität und hat zur Bekräftigung des amerikanischen Engagements in Europa geführt. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat zum ersten Mal einen Brief an den Ministerrat der NATO gerichtet, in dem er ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die Vereinigten Staaten nicht die Absicht haben, sich aus Europa zurückzuziehen oder ihr Engagement in Europa abzubauen, es sei denn, auf dem Weg über beiderseitige ausgewogene Truppen- und Rüstungsverminderung in Europa.

Die engen politischen Konsultationen unter den Allianzmitgliedern bedeuten gerade für unsere Politik, die Neuland betreten hat, einen entscheidenden, allerdings auch dringend notwendigen Rückhalt. Unsere Ostpolitik wird trotz aller Kontroversen in ihrer Anlage als ein breit angelegter Versuch gewürdigt, einen substantiellen deutschen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten im Rahmen der Bemühungen unserer westeuropäischen Partner und unserer Partner jenseits des Atlantiks. Ich weiß, daß es in der Bundesrepublik Kritiker dieser Politik gibt, die an einer Entspannung und Zusammenarbeit mit dem Osten Europas aus den verschiedensten Motiven heraus wenig interessiert sind. Aber wir sollten nicht außer acht lassen, daß es heute keine vernünftige Alternative zu dieser Politik gibt. Vielleicht gab es sie früher. Es ist jedoch müßig, eventuell verpaßten Gelegenheiten nachzuweinen. Heute gibt es keine andere Möglichkeit als die, die wir zu nutzen trachten. Wir haben damit den guten Willen unter Beweis gestellt, mit unseren osteuropäischen Nachbarn zu normalen Beziehungen zu gelangen, die zugleich einer Verbesserung des Verhältnisses der beiden Teile Deutschlands untereinander und der Lage in und um Berlin dienen sollen. Die Ziele dieser Politik sind: Mehr Sicherheit in Europa, ein Zusammenleben frei von Furcht und Bedrohung, eine Verstärkung des Austausches zwischen West- und Osteuropa, menschliche Erleichterungen auch innerhalb Deutschlands. Wie steht es mit den Aussichten bei der Verfolgung dieser Ziele?

Mir wird häufig von allerdings sehr oberflächlichen Beobachtern professioneller Optimismus unterstellt. Mich trifft das gar nicht sehr hart, wenn ich das höre. Aber offensichtlich entsprechen hierzulande überhaupt eher Skeptiker oder sogar Pessimisten mehr dem Bild, das man sich von einem Staatsmann macht. Ich bin sicherlich nicht der professionelle Optimist, der kein Gefühl für die Realitäten hätte. Aber ich bin auch kein Pessimist, und ich weiß jedenfalls, daß unsere gegenwärtige Situation in der Außenpolitik keinen Anlaß geben kann zu einer besonders pessimistischen Beurteilung. Die Politik des Ausgleichs und der Entspannung in Europa wird fast überall positiv gewürdigt. Welchen Verlauf diese Politik im einzelnen auch nehmen mag und wie lange die Etappen dauern mögen, welche Resultate sie auch immer erbringt, ein gewichtiges Ergebnis liegt vor: Eine psychologische und eine politische Aufwertung der Bundesrepublik Deutschland in der Welt, die ihrer Bewegungsfreiheit nur zugute kommen kann. Die Bedeutung dieses Vorgangs sollten wir nicht gering einschätzen. Die Bundesrepublik ist dank dieser Politik zu einem gleichberechtigten Partner in der internationalen Politik geworden. Sie hat politisch das aufgeholt, was sie bisher nur dank ihrer Wirtschaftskraft erreicht hatte.

Es ist nicht möglich, die Aktivitäten im einen oder anderen Bereich der Außenpolitik auseinander zu dividieren. Es gibt so etwas wie eine Interdependenz der Aktionen. Außenhandelspolitik kann sich nicht nach anderen Gesetzen vollziehen als Außenpolitik, wenn die Außenpolitik glaubwürdig sein will. Auch Außenhandelspolitik hat den Interessen unseres Volkes und den Interessen unserer Gesellschaft zu dienen. Sie kann ein wichtiges Instrument unserer Außenpolitik sein. Aber sie kann auch getrennt von der Außenpolitik fungieren. Als Beispiel dafür darf ich einmal Südafrika und China nennen, wo ja Außenhandelspolitik und Außenpolitik nicht in vollem Umfang konform gehen. Allerdings sind wir bei unserer Handelspolitik als Mitglieder der europäischen Gemeinschaften nicht mehr völlig frei in unseren Entscheidungen. Die zukünftige gemeinsame Handelspolitik der EWG verlangt bereits jetzt ein gemeinschaftsorientiertes Verhalten. Der Übergang von der nationalen zur gemeinschaftlichen Handelspolitik bedeutet keinen Bruch. Er bedeutet auch kein Abgleiten in die Frustration unbefriedigender Kompromisse. Eine Gemeinschaft, die sich auf dem Weg zur politischen Einigung befindet, braucht die Stufe der einheitlichen Außenwirtschaftspolitik, um zu einer gemeinsamen Gesamtpolitik kommen zu können. Denn jede Politik hat von vornherein bessere Erfolgsschancen, wenn die Wirtschaftspolitik für offene Einfuhrmärkte und günstigere Absatzgebiete, für freie Annahme und Ausgabe von Dienstleistungen, für Kreditmöglichkeiten und für stabile Preis-, aber auch Währungsverhältnisse sorgt.

Und damit bin ich bei der Währung. Wir haben an die Spitze unserer Überlegungen zur Lösung der Währungskrise den Willen gestellt, zu einer gemeinschaftlichen Lösung im europäischen Rahmen zu kommen. Das liegt im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, aber es liegt genauso im Interesse unserer Partnerstaaten inner-

halb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Das Währungsproblem, über das heute so heftig diskutiert wird, ist ja nicht ein Problem um die DM. In Wirklichkeit ist es eine Frage, die den Dollar angeht, mit der wir es hier zu tun haben. Wie ist die Dollarschwemme zustande gekommen? Sie ist im Gegensatz zu 1968/69 nicht etwa durch eine Disproportionalität, durch eine Disparität der Preise auf dem Weltmarkt entstanden. Wir haben vielmehr einen langanhaltenden Dollarzufluß wegen des Zinsgefälles gehabt. Dazu kam in den letzten Monaten eine zunehmende Spekulation gegen den Dollar.

Parallel zu dem Währungsproblem stehen wir vor einem anderen Problem, nämlich dem der Stabilität unserer Wirtschaft. Wir haben zwar in den letzten Jahren eine Situation gehabt, die für jeden einzelnen von uns möglicherweise nicht unbefriedigend gewesen ist. Zwar stiegen die Preise, aber wenn ich den Lebenshaltungsindex betrachte, so liegen wir im internationalen Vergleich noch sehr günstig. Dazu sind auch die Löhne weit über das Maß der Lebenshaltungskostensteigerung hinaus gestiegen, ebenso die Renten. Das Zinsniveau ist sehr hoch, auch für die Zinsen, die der Sparer bekommt. Aber es ist eine gefährliche Situation für die Volkswirtschaft insgesamt entstanden, und deswegen bemühen wir uns heute – und müssen uns bemühen –, dieser Tendenz zu einer Preissteigerung, die über ein vertretbares Maß hinausgeht, mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Nun leben wir nicht isoliert in der Welt, sondern sind Teil eines großen Marktes, in dem Waren, Kapital und Arbeitskraft ohne Barrieren über die Grenze hinweg gehen können. Und um uns herum leben Völker, die aus ihrer unterschiedlichen wirtschaftshistorischen Entwicklung ein ganz anderes Verhältnis zur Preisentwicklung haben als wir. Was bei uns schon Zittern hervorruft, das ist für manche Länder um uns herum ganz normal und erregt nahezu niemanden. Die Zielvorstellung in der Wirtschaftspolitik dieser Länder ist eine andere als bei uns. Und nun hängen Sie sich einmal von diesem Gefährt so deutlich ab, wie wir es wollen, bei einem Minimum an wirtschaftspolitischen Instrumenten, die wir noch autonom anwenden können. Das ist sehr schwer. Und deswegen auch ist bei der währungspolitischen Entscheidung dieser Teil mit zu berücksichtigen.

Was ist in der Binnenwirtschaft noch an Instrumenten vorhanden? Die spärlichen Instrumente der öffentlichen Haushaltsführung und des Einflusses auf die Kreditnahme der öffentlichen Hand sowie die Möglichkeit, Steuermehrreinnahmen stillzulegen. Wenn Sie jedes für sich betrachten, sehen Sie, wie schwierig die Handhabung selbst dieser vorhandenen Möglichkeiten ist. Schon die Begrenzung der Kreditaufnahme der öffentlichen Hand würde bei den Kommunen auf großen Widerstand stoßen und allergrößte Schwierigkeiten hervorrufen. Daneben bleibt praktisch die Verantwortung derer, die außerhalb der öffentlichen Hand Verantwortung für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft tragen. Das sind die Sozialpartner, die autonom Löhne aushandeln in einer ihnen gewährten Freiheit, die sie behalten müssen, wenn eine Marktwirtschaft funktionieren soll. Allerdings tragen sie mit dieser Freiheit auch die Verantwortung, sie so zu nutzen, daß sie nicht nur den direkt Beteiligten hilft, sondern daß sie der ganzen Volkswirtschaft Stabilität schafft. Das ist die Verantwortung, die alle von uns heute tragen, und ich meine, man soll zumindest ruhig einmal darüber sprechen.

Ich bin lange Zeit Mitglied in einer Regierung gewesen, in der Ludwig Erhard Wirtschaftsminister und nachher Bundeskanzler war. Er ist berühmt geworden durch seine Seelenmassagen, und er ist verspottet worden wegen dieser Seelenmassagen. Aber es war etwas Richtiges an dieser Politik; er hatte erkannt, welche Bedeutung auch die Psychologie in der wirtschaftlichen Entwicklung spielt. Und vor allen Dingen hat er sich an die gewandt, die neben den Regierungen Verantwortung tragen und sie auch wahrnehmen müssen. Aus dem eben Gesagten geht hervor, daß wir neben einem binnengewirtschaftlichen Programm allergrößten Wert auf monetäre Maßnahmen legen, daß wir dabei sehr behutsam vorgehen wollen und daß wir der Gemeinsamkeit in Europa das allergrößte Gewicht beilegen, damit nicht unsere Volkswirtschaft abhängt wird von der Entwicklung der Nachbarvolkswirtschaften auch in ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Aber diese Behutsamkeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir etwas tun müssen und wollen. Denn wir haben in der Vergangenheit ja einmal erlebt, daß allzu langes Zuwarten Handeln

nicht überflüssig macht. Wenn man zu spät handelt, muß man härter handeln und manchmal auch zum falschen Zeitpunkt. Wir wollen versuchen, diesen Fehler nicht zu wiederholen.

Die Außenwirtschaftspolitik der Gemeinschaft, von der ich eben gesprochen habe, muß bei allen Vorteilen, die sie den ihr historisch oder geographisch eng verbundenen Partnern einräumt, durch Assoziierungsabkommen oder Präferenzhandelsverträge, den Grundsatz der Weltoffenheit durch praktisches Handeln beweisen. Darin liegt unser Interesse in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wir sind eine exportierende Nation und wissen, daß man nur exportieren kann, wenn man dem Import freien Raum läßt. Wir dürfen nicht zulassen, daß die europäische Gemeinschaft ein Block des Protektionismus wird. Ich habe in den letzten Wochen mehrere lateinamerikanische Länder besucht, und ich habe mit ihren führenden Politikern und Wirtschaftlern gesprochen, ihre ernste Sorge erörtert, von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft diskriminiert zu werden. Ich habe mich auch nicht nur als Vertreter der Bundesrepublik, sondern im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bemüht, ihnen verständlich zu machen, daß sich die Gemeinschaft um eine partnerschaftliche Fortentwicklung ihrer Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten bemüht. Ich konnte dabei vor allem darauf hinweisen, daß wir Teile der Zollsenkung aus der Kennedy-Runde gegenüber Lateinamerika schon vorwegnehmen, und ich konnte auch auf die positive Reaktion des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft und auf die Erklärung von Buenos Aires hinweisen. Das in Buenos Aires vorgeschlagene Ministertreffen zwischen den lateinamerikanischen Ländern und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird voraussichtlich im kommenden Monat durch die Botschafter vorbereitet werden. Als ich vor neun Jahren die gleichen Diskussionen in Lateinamerika führte, hatte ich eine Voraussage gewagt, die ich in der Zwischenzeit bestätigt gefunden habe, daß nämlich die Dynamik eines so großen Marktes eine so große Kraft entwickelt, daß nicht nur die Partnerstaaten, sondern auch die übrige Welt davon Nutzen haben muß. Das hat sich für Lateinamerika bestätigt. Ohne präferentielle Abkommen hat sich der Export Lateinamerikas in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in diesen Jahren des Bestehens um über 90 Prozent erhöht, weit mehr als der Export dieser Länder in andere Bereiche der Erde.

Wenn ich die Vereinigten Staaten hier gleich anschließen darf: Für sie gilt genau dasselbe. Zwar beklagen sich die Vereinigten Staaten immer über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Agrarpolitik; aber sie erwähnen nicht so deutlich, daß die USA der Handelspartner ist, der bisher am stärksten vom Bestehen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft profitieren konnte, sowohl auf dem Gebiete des Exports als auch bei den privaten Investitionen. Trotzdem ist die Kritik auch heute noch sehr laut in den Vereinigten Staaten. Für die Gestaltung des Verhältnisses der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu den Vereinigten Staaten gilt: Die USA hat politische Zielsetzung der europäischen Gemeinschaften von Anbeginn an uneingeschränkt unterstützt und auch die Erweiterung befürwortet. Das Zusammenwachsen Europas dient der Festigung des atlantischen Bündnisses. Es kann sich nur in einer engen Zusammenarbeit auch auf dem handelspolitischen Gebiete mit den Vereinigten Staaten vollziehen. Wir, das heißt die Bundesrepublik und die Organe der Gemeinschaften, sind gerade aus diesem Grund nicht sehr glücklich über die immer wiederholte amerikanische Kritik an handels- und agrarpolitischen Maßnahmen der Gemeinschaft, noch viel weniger allerdings über die etwas generalisierende Kritik, die nicht im einzelnen belegt wird. Auch wir haben – das soll man ganz freimütig sagen – gewisse Sorgen.

Wir verfolgen aufmerksam die protektionistischen Tendenzen in der amerikanischen Öffentlichkeit und wir haben in zahlreichen Gesprächen in den vergangenen Wochen, die wir mit amerikanischen Politikern geführt haben, diesen Tendenzen entgegenzuwirken versucht. Eine enge, kontinuierliche Konsultation zwischen der Gemeinschaft und der amerikanischen Administration, aber auch zwischen den Vertretern der Wirtschaft beider Bereiche ist dringend erforderlich, damit Mißverständnisse und einseitige Reaktionen vermieden werden. Die vor kurzem erzielte Vereinbarung innerhalb der Gemeinschaft über die Rangerhöhung des Vertreters der Gemeinschaft in Washington, der jetzt ein adäquater Gesprächspartner der Regierung

der USA sein soll, ist der erste, wenn auch vielleicht nicht ganz angemessene Beitrag zu mehr gegenseitigem Verständnis und gemeinsamer Abstimmung. Wir Europäer vermerken dankbar, daß kein verantwortlicher Politiker in den Vereinigten Staaten verlangt, wir sollten die wesentlichen Grundlagen unserer europäischen Einigungs-politik zur Diskussion stellen. Vor allem ist unser Spielraum auf dem Gebiet der weitgehend integrierten Agrarpolitik in Europa relativ gering. Die Agrarpolitik, die in den Vereinigten Staaten auf Kritik stößt, ist für uns nicht nur ein wirtschaftspolitisches Element in Europa, sondern sie ist schlechthin das Integrationselement, das heute die Grundlage der europäischen Einigung ist, und dieses Politikum wird von den Kritikern in den USA zu wenig beachtet. Wir sollten darauf hinwirken, daß das eher mehr gesehen wird. Ich hoffe, daß sich die Vereinigten Staaten auch weiterhin der Erkenntnis nicht verschließen werden, daß die politische Bedeutung einer fortschreitenden Einigung Europas langfristig größeres Gewicht haben wird als gewisse, heute vielleicht ärgerliche handelspolitische Bedenken.

Gestatten Sie mir ein kurzes Wort zur Frage des Beitritts Großbritanniens und der anderen beitrittsbereiten Länder. Beitrittskandidaten und Mitgliedsstaaten sind sich darin einig, daß es bei den Verhandlungen nicht um Änderung der Römischen Verträge gehen kann, sondern nur um Übergangsmaßnahmen, die es den Beitrittswilligen erlauben sollen, in diese Verträge hineinzukommen. Dabei bereitet die Klärung einiger Fragen im Augenblick besondere Schwierigkeiten; zunächst die allmähliche Übernahme des Finanzsystems der Gemeinschaft durch die beitretenden Staaten. Vor allem gilt das heute für Großbritannien. Für uns ist die Frage gar nicht so wichtig. Aber für Großbritannien ist sie wichtig, psychologisch, weil es diese Bedingungen als eine Art Eintrittspreis betrachtet, und wirtschaftlich, weil der Stand der britischen Wirtschaft es erforderlich macht, es am Anfang in seiner Leistungskraft nicht zu überfordern, sondern durch den Beitritt zum Gemeinsamen Markt in eine bessere Situation zu bringen, damit es nachher auch diese Leistungen leichter tragen kann.

Die nächsten Fragen sind besondere Regelungen für Butterexport von Neuseeland nach Großbritannien und dann die Berücksichtigung der zuckerproduzierenden Entwicklungsländer des Commonwealth. Dabei geht es weniger um Butter und Zucker, sondern um politisch-psychologische Fragen. Großbritannien hat wie Frankreich zu bestimmten Ländern der Welt traditionelle Beziehungen und auch Verantwortlichkeiten übernommen aus alten Bindungen. Großbritannien ist eine Macht, die ihre Versprechungen und Verantwortlichkeiten ernst nimmt und die man gar nicht in die Lage bringen soll, von Versprechungen abrücken zu müssen. Das muß man einfach sehen, wenn man diese Fragen entscheidet. Und noch etwas: Wir können einfach als Gemeinschaft der Weltöffentlichkeit nicht das Bild geben, das entstehen würde, wenn wir die Einfuhr von karibischem Zucker in die Gemeinschaft blockieren würden zugunsten einer Erhöhung der Zuckerrübenproduktion in Europa. Das würde die Gemeinschaft deklarieren als einen Markt, der eben nicht die Verantwortung für die Weltpolitik zeigt, die man von uns erwartet. Gewiß wird die Gemeinschaft nicht alle Wünsche Großbritanniens berücksichtigen können. Sie wird sich aber zu einem fairen und realistischen Angebot durchringen müssen.

Lassen Sie mich zum Abschluß ein Wort zu dem Thema sagen, das Sie hier wegen Ihrer geographischen Lage wahrscheinlich auch ganz besonders interessieren wird. Ich meine die Zukunft des Osthandels. Es ist, wie Sie wissen, ein Thema, das man besonders nüchtern anpacken muß. Es wird allzu viel darüber fabuliert. Der Anteil der osteuropäischen Staaten an unserem Außenhandel beträgt lediglich 3,8 %. Die Umsätze im innerdeutschen Handel, der für uns ja nicht als Außenhandel im Wortsinne gilt, belaufen sich wertmäßig auf 1,9 % unseres Außenhandels. Trotzdem möchte ich folgende Prognose wagen: Bei allen Hindernissen struktureller Art kann mit einer, allerdings sehr langsamem Erhöhung des Anteils der osteuropäischen Länder an unserem Außenhandel gerechnet werden. Die osteuropäischen Länder treten nach einer Phase extensiven Wirtschaftswachstums in eine Phase ein, in der Qualitätsverbesserungen, Anpassung des Angebots an die Bedarfsstruktur der westlichen Märkte und die Anhebung von Fertigwarenexporten vorherrschen. Gewiß wird der Zuwachs des Osthandelsanteils in unserem Gesamtaußenhandel relativ geringfügig bleiben. Aber er wird nach meiner Überzeugung stetig anwachsen. Sie lesen häufig

von Millioneninvestitionen in den osteuropäischen Raum und Millionen- oder Milliardenkrediten an osteuropäische Länder. Lassen Sie sich von solchen Märchen nicht blenden. Der Handel mit Osteuropa und die wirtschaftliche Kooperation mit Osteuropa werden nach den gleichen marktwirtschaftlichen Ordnungsgesichtspunkten durchgeführt wie mit der übrigen Welt. Es gibt keine öffentlichen Subventionen dafür, sondern es gibt die üblichen Garantien und Gewährleistungen und die üblichen Erleichterungen beim Export und mehr nicht. Das dämpft etwas die hier und da überspannten Erwartungen; aber ich meine, wir sollten keine überspannten Erwartungen haben, sondern realistische Chancen sehen und sie wahrnehmen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Gerade Sie als Kaufleute wissen, daß Handel und Produktion auf langfristige friedliche Zusammenarbeit angelegt sind, daß sie zu aller Nutzen erst dann richtig funktionieren, wenn Spannung und Konfrontation abgebaut werden. Das Element der Langfristigkeit und das Element der Spannungsfeindlichkeit ist auch der Kern unserer ost- und westpolitischen Bemühungen. Dies gemeinsam zu erkennen, es gemeinsam zum Ziele zu führen, muß, so meine ich, das gemeinsame Streben der Kaufleute und der Politiker sein. – Ich danke Ihnen, Herr Präsident!

(Nach Manuskript des Vortragenden.)

